

Datum: Antragsteller/-in: Sachbearbeiter/-in: E-Mail: Telefon: Telefax:	15.05.2019 Reif, Torsten Rodriguez Maicas, José Ignacio j.rodriguez@gruene-fraktion-sb.de (0681) 905-1403	GRÜ/0647/19
Beratungsfolge und Sitzungstermine		
Gremium Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken	Sitzungsdatum 18.06.2019	Status Ö
Betreff: Ausrufung des Klimanotstands in Saarbrücken		
Beschlussvorschlag: <p>Seit Monaten demonstrieren hunderttausende Bürger*innen in Deutschland bei den Fridays-for-Future-Protesten gegen die Klimaschutz- und Umweltpolitik der Bundesregierung. Auch in Saarbrücken sind mehrere tausend Menschen im Rahmen der Demonstrationen auf die Straße gegangen. Sie fordern umgehende und effektive Maßnahmen, damit die drohende Klimakatastrophe noch verhindert werden kann. Für sie ist klar: Es ist höchste Zeit, zu handeln. Die weltweite Durchschnittstemperatur ist gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter bereits um 1°C aufgrund der wachsenden CO₂-Konzentration in der Atmosphäre gestiegen. Um eine unkontrollierbare, globale Erwärmung mit katastrophalen Folgen abzuwenden, müssen die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich erheblich reduziert werden.</p> <p>Der Klimawandel ist dabei nicht nur ein reines Umwelt-, sondern auch ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Gesundheits- und Artenschutzproblem. Viele Wissenschaftler*innen sind sich darin einig, dass uns nur noch ein kurzes Zeitfenster bleibt, um unsere Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten. Das Tempo, mit dem Klimaschutz derzeit betrieben wird, reiche längst nicht aus, um der jüngeren Generation und allen nachfolgenden Generationen eine sichere Zukunftsperspektive zu geben. Im Sinne der Generationengerechtigkeit müssen wir daher so schnell wie möglich deutliche Emissionsreduktionen erreichen.</p>		

Es liegt auch in der Verantwortung der Landeshauptstadt Saarbrücken, ihre Handlungsspielräume zu nutzen, um der Notwendigkeit und Dringlichkeit der Bekämpfung des Klimawandels gerecht zu werden und die Klimakrise endlich als das zu behandeln, was sie ist: eine existentielle Krise.

Der Saarbrücker Stadtrat:

- erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
- erkennt an, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- fordert die Oberbürgermeisterin auf, umgehend ein Klimaschutzkonzept für die Landeshauptstadt vorzulegen, das verbindliche CO₂-Abbauziele enthält mit dem Ziel der Klimaneutralität bis spätestens zum Jahr 2050. Dazu gehören folgende Klimaschutzmaßnahmen in den Bereichen Verkehr, Erneuerbare Energien, Wärme und Gebäudebestand:
 - eine Verkehrswende hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln
 - attraktives ÖPNV-Angebot mit einer Mobilitätsgarantie
 - klarer Vorrang für den Radverkehr
 - Mikromobilitäts-Strategie für Saarbrücken
 - eine konsequente Förderung der Elektromobilität
 - flächendeckendes Netz von Schnellladesäulen
 - sukzessive Umstellung der Linienbusse im öffentlichen Personennahverkehr auf Elektromobilität.
 - Dienstwagen und so weit wie möglich auch Nutz- und Sonderfahrzeuge sind auf Elektromobilität umzustellen.
 - Energieeffizienz-Maßnahmen beim Neubau und im Gebäudebestand
 - Hohe energetische Standards beim städtischen und geförderten Wohnungsbau und bei der Gebäudesanierung
 - Förderung von energieeinsparenden Maßnahmen bei privaten Immobilieneigentümern und von Energieberatungsangeboten für Haus- und Wohnungseigentümer und Gewerbe
 - Einführung der „Grünen Hausnummer“
 - die Einführung eines Umweltschutzmanagements für die städtischen Gebäude
 - Konsequenter Ausbau von Erneuerbaren Energien, insb. durch den Ausbau der Photovoltaik- und Solaranlagen auf städtischen Dächern oder deren Verpachtung.
- fordert die Oberbürgermeisterin auf, Maßnahmen zu Klimafolgeanpassungen zügig auf den Weg zu bringen, darunter eine umfassende Grünflächenstrategie mit dem Schutz städtischer Wald- und Grünflächen, ein Starkregenkonzept mit entsprechenden Vorsorgemaßnahmen sowie eine Notfallinfrastruktur für die Versorgung der Bevölkerung bei Hitzewellen und anderen Extremwetterereignissen.
- wird die Auswirkungen auf das Klima bei allen Entscheidungen berücksichtigen und solche Lösungen bevorzugen, welche positive Auswirkungen Klima-, Umwelt- und Artenschutz haben.

- fordert die Verwaltung der Landeshauptstadt auf, sich für zukünftige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels an den Berichten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zu orientieren, insbesondere im Bezug auf Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.
- fordert auch andere Kommunen, die Bundesländer und die Bundesrepublik Deutschland auf, dem Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen.

Begründung:

Der Klimawandel schreitet unaufhörlich voran und trotz aller Bemühungen, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, nimmt deren Konzentration jährlich zu. Die Folgen der globalen Erwärmung werden für die Natur und die menschliche Zivilisation laut wissenschaftlicher Prognosen verheerend sein, wenn die Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels nicht deutlich gesteigert werden. Daher ist es nötig, unmittelbar auf allen Ebenen von Gesellschaft und Politik zu effizienten Maßnahmen zu greifen. Dazu haben inzwischen bereits Städte wie Los Angeles, Vancouver, London, Basel und Konstanz den Klimanotstand ausgerufen.

Begriffserklärung: "Klimanotstand" (engl. 'climate emergency') ist eine Erklärung politischer Entscheidungsgremien, bisher insbesondere in der Schweiz, im Vereinigten Königreich, Kanada, Australien und den Vereinigten Staaten von Amerika, die Erkenntnisse des Intergovernmental Panel and Climate Change (IPCC) zur Grundlage politischer Entscheidungen zu machen und die Klimakrise öffentlich als Aufgabe höchster Priorität anzuerkennen.



Torsten Reif

Anlagen: